



Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Sommersession:

Gezogene Zähne und ein grosser Erfolg

Thürnen, 19. Juni 2018

Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Der Nationalrat stimmte der Revision des Verrechnungssteuergesetzes, die ich mit meiner Motion angestossen habe, überaus deutlich mit 134 zu 48 Stimmen bei einer Enthaltung zu – ich hatte ja schon davon berichtet. Die Vorlage geht nun an den Ständerat, dessen Beratungen ich genau verfolgen werde. Für mich ist dies ein persönlicher Erfolg, der mich freut, weil viele Unternehmer davon einen Nutzen haben.

Nationalrat stützt mein Anliegen – ein grosser Erfolg

In den letzten Jahren wurde die Verrechnungssteuer zu einer eigentlichen Strafsteuer, die Misstrauen gegenüber Steuerzahlern gesät hat. Der Bund behielt die Steuer zurück, selbst wenn der Steuerpflichtige Einkünfte korrekt nachmeldete. Unsere Kommission hat die Gesetzesänderung zu Gunsten der Steuerpflichtigen nun wesentlich verbessert. Diesem Gesetz hat der Nationalrat deutlich zugestimmt und es nun an die ständerätliche Kommission überwiesen. Verabschieden es beide Räte in der Herbstsession, so wird es am 1.1.2019 in Kraft gesetzt. Dass der Nationalrat mein Anliegen so grossmehrheitlich stützte, werte ich als grossen Erfolg. Zahlreiche Zuschriften und Rückmeldungen zeigen zudem, dass es sich bei diesem Geschäft um ein weit verbreitetes Problem in der Praxis bei vielen Unternehmern und Unternehmerinnen handelt.

Sorgfältiger Umgang mit öffentlichen Geldern

Bei der Revision des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen geht es um viel Steuermittel. Für rund 40 Milliarden vergeben Bund, Kantone und Gemeinden jährlich Aufträge an die Wirtschaft. Verschiedene Beispiele bei Vergaben zeigen, dass bei der Verwendung von öffentlichen Geldern mehr Sorgfalt und Umsicht nötig ist. Es gilt, Fehlentwicklungen der letzten Jahre zu korrigieren. Nicht das billigste Angebot ist auch das Beste, das Preis-Leistungsverhältnis zählt. Das Gesetz über die Beschaffung darf aber auch nicht eine einseitige Bevorzugung einheimischer Anbieter ergeben – ein gesunder Wettbewerb ist nötig, damit die staatlichen Mittel effizient eingesetzt werden. Selbstverständlich sollen im Rahmen des Beschaffungsrechts aber zulässige Spielräume zugunsten von schweizerischen Unternehmen mit dem richtigen Mass und mit Vernunft ausgeschöpft werden können.

Von mir aus gesehen wurde diese Gesetzesänderung ohne Rücksicht auf die Kantone durch verschiedene Anträge mit Regelungen nun aber überladen. Ich hoffe hier auf eine korrigierende Wirkung des Ständerates.

Parlamentarische Initiative zur eingeschränkten Revision ist leider gescheitert

Mit einer parlamentarischen Initiative wollte ich die eingeschränkte Revision für die KMU wieder vereinfachen. Noch im Frühling stimmte der Nationalrat meinem Vorstoss zu. Der Ständerat lehnte ihn hingegen knapp mit 21:19 Stimmen ab. Das knappe Resultat ist doch ein Achtungserfolg, ich rechnete aufgrund der Empfehlung der vorberatenden Kommission mit einer deutlicheren Ablehnung. Mein intensives Engagement in dieser Sache zusammen mit den befreundeten Verbänden hat sich doch gelohnt, aber noch nicht ausbezahlt. Die Allianzen stehen nun aber und es heisst nun, dass ich an diesem Thema dran bleiben muss. .

Dem Waffengesetz die Zähne gezogen

Für die FDP ist klar: Das Abkommen über den freien Personenverkehr und die internationale Zusammenarbeit im Justiz-, Polizei- und Asylwesen, kurz Schengen/Dublin-Abkommen, ist äusserst wichtig für unser Land. Wir haben uns längst daran gewöhnt, den wirtschaftlichen Nutzen der offenen europäischen Grenzen in unserem Alltag zu erleben. Bei der Bekämpfung der Kriminalität spielt das Zusammenspiel der europäischen Polizeikräfte deshalb eine zentrale Rolle. Auf der anderen Seite dürfen wir uns von der EU auch nicht in allem und jedem vorschreiben lassen, was zu tun ist – vernünftiges sollten wir übernehmen, unpassendes ablehnen – ganz pragmatisch.

Die Schützen sollen aus meiner Sicht ihre Tradition auch weiterhin pflegen können. Das ist nicht nur mir ein Anliegen, sondern auch einer Mehrheit der Grossen Kammer. Der Nationalrat kam den Schützen in vielen Punkten entgegen und zog dem revidierten Waffengesetz einige Zähne. Auch hier geht das Geschäft nun in den Ständerat. Und das heisst, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Inszenierungen verzögern die Debatte

Mit ihrer Selbstbestimmungsinitiative verlangte die SVP, dass die Bundesverfassung gegenüber dem Völkerrecht immer Vorrang hat. Die Debatte wurde zur Nachtübung. 83 Rednerinnen und Redner hatten sich eingeschrieben. Die Inszenierungen einzelner Protagonisten zögerte die Diskussion unnötig hinaus. Um es kurz zu machen: viel wurde nicht erreicht. Nach insgesamt neun Stunden Debatte lehnte der Nationalrat – wie schon im Frühling der Ständerat – die Initiative mit grossem Mehr ab. Nun wird das Volk voraussichtlich im November über die Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» entscheiden.

Liestal: Schnellzüge auch in Zukunft

Als bekannt wurde, dass die SBB etliche Schnellzughalte in Liestal streichen will, habe ich sofort reagiert und mit Stadtpräsident Daniel Spinnler Kontakt aufgenommen. Wir haben alle Parlamentarier aus Baselland zusammengerufen und gemeinsam das weitere Vorgehen abgestimmt. Gemeinsam für die Region, für unseren Kanton. Das Zusammenspiel funktioniert hier bestens. In einer ersten Phase geht es nun darum, Druck gegenüber SBB und Bundesbehörden aufzubauen.

Beim Grenzschutz läuft etwas falsch

Mit dem Entscheid des Bundes, auf eine Aufstockung des Grenzwachtkorps zu verzichten, während gleichzeitig die Grenzwächter im Dienste der Kantone für polizeiliche Aufgaben durchführen, bin ich gar nicht zufrieden. Ganz offensichtlich läuft hier etwas falsch. Die Bevölkerung, insbesondere jene der Grenzkantone, erwartet, dass die GWK-Beamten den Kriminaltourismus bekämpfen und bei illegaler Einwanderung einschreiten. Mit einer Interpellation will ich nun vom Bundesrat wissen, warum er die Sorgen und den Ärger der Bevölkerung nicht ernst nimmt und wie er die Kernaufgaben des Grenzwachtkorps definiert. Sie spüren es: Ich werde in dieser Sache nicht lockerlassen. Schlussendlich sind ja auch die Finanzen immer ein Anliegen für mich. Es geht bei einer Aufstockung auch um zusätzliche Kosten! Ausserdem nehme ich die Führung des Grenzwachtkorps in dieser Sache als widersprüchlich wahr.

Geschlechterraichtlinien für Konzerne – Finanzpläne für KMU

In der Beratung der Revision des Aktienrechts ist das Parlament aus meiner Sicht vom «rechten Weg» abgekommen. Sie wurde völlig überladen und hat kaum mehr etwas mit dem ursprünglichen Auftrag zu tun, nämlich mit der Umsetzung der Initiative von Ständerat Minder. Zum ersten mit dem indirekten Gegenvorschlag gegen die Konzernverantwortungsinitiative. Zum zweiten, dass den Firmen Geschlechterraichtlinien vorgeschrieben werden. Das kommt für mich überhaupt nicht infrage. Und drittens führt auch die Forderung viel zu weit, dass jede KMU inskünftig einen Finanzplan erstellen muss.

Für mich war klar: Es braucht die Rückweisung an die Kommission der gesamten Vorlage und Abkoppelung des indirekten Gegenvorschlages aus der Vorlage. Doch leider kam es anders: Eine Mehrheit des Nationalrates stimmte gegen die Rückweisung. Der Gegenvorschlag zur Konzerninitiative wurde herausgetrennt, dies unter dem Vorbehalt, dass der Ständerat diesen wesentlich verbessern oder ganz verwerfen wird. Ohne Verbesserungen werde ich diesen Gegenvorschlag ablehnen. Der Abstimmungskampf gegen diese Initiative ist auch ohne Gegenvorschlag zu gewinnen. Nur ganz knapp, mit einer Stimme Unterschied, votierte der Nationalrat zudem für Geschlechterraichtwerte. Für mich war damit die rote Linie definitiv überschritten.

Ein heisser Politherbst steht bevor

Ende Juni werden wir in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben die Steuervorlage '17 beraten. Es gilt in dieser Vorlage noch einzelne Punkte zu verbessern. Auch werden wir die vom Ständerat vorgeschlagene Verknüpfung der Unternehmenssteuern mit der AHV genau anschauen. Ob wir es schaffen, die Vorlage inklusive Volksabstimmung noch dieses Jahr über die Bühne zu bringen, erachte ich als ambitiös wenn nicht unrealistisch, zu Gunsten der Rechtssicherheit für die Firmen, sollten wir aber dafür kämpfen.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Reaktionen, Rückmeldungen und Zuschriften. Sie zeigen mir damit, dass Sie meine Arbeit in Bundesbern schätzen. Nun wünsche ich Ihnen einen schönen Sommer, tolle Erlebnisse und erholsame Sommerferien. Und ich freue mich darauf, Ihnen schon bald wieder aus Bern zu berichten.

Herzlich,

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch